

Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe

Teil C

Politische Bildung



Anhörungsfassung 27.05.-13.09.2024

Inhalt

1	Bildungsbeitrag des Faches Politische Bildung	5
1.1	Fachprofil	5
1.2	Kompetenzmodell	6
2	Standards für die Kompetenzbereiche im Fach Politische Bildung	11
2.1	Eingangsvoraussetzungen	11
2.2	Abschlussorientierte Standards	11
2.2.1	Mündig handeln	12
2.2.2	Analysieren	12
2.2.3	Urteilen	13
2.2.4	Methoden anwenden	13
3	Themenfelder und Inhalte	15
3.1	Einführungsphase in der Jahrgangsstufe 11	15
3.2	Themenfelder und Inhalte für die Qualifikationsphase	17
3.2.1	Demokratie	18
3.2.2	Wirtschaftspolitik	22
3.2.3	Globales Regieren	25
3.2.4	Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung	29

Anhörungsfassung 27.05.-13.09.2024

Anhörungsfassung 27.05.-13.09.2024

1 Bildungsbeitrag des Faches Politische Bildung

1.1 Fachprofil

Demokratien leben von Partizipation, Mitbestimmung und Gestaltung. Offene, demokratische Gesellschaften sind – im Gegensatz zu autoritären – lebendig und lebensfähig durch die konstruktive Kritikfähigkeit der Individuen. Eine besondere Aufgabe der Schule und des Politikunterrichts ist es, die dafür notwendige politische Kompetenz aller Schülerinnen und Schüler zu fördern, um sie in einer offenen Gesellschaft, die von zunehmender politischer und ökonomischer Komplexität, gesellschaftlicher Diversität und einem entsprechenden Interessenspluralismus geprägt ist, urteils- und handlungsfähig zu machen. Damit einher geht der Anspruch, gegenwärtige Herausforderungen multiperspektivisch zu reflektieren und die globalen, sozialen, ökologischen, ökonomischen und politischen Konsequenzen politischen Handelns für die Zukunft zu bedenken.

Gesellschaftliche Prozesse wie Individualisierung, Emanzipation, Globalisierung, Digitalisierung, Flucht und Migration sowie ökologische, ökonomische, soziale und (friedens)politische Herausforderungen erfordern Gestaltung und (Problem)Lösungen, welche das Allgemeinwohl in den Blick nehmen. Die Zielsetzung des Politikunterrichts ist es, die Schülerinnen und Schüler darin zu ermutigen, diese Entwicklungen selbstwirksam mitzugestalten und damit am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Auf der Grundlage politischen Wissens können Schülerinnen und Schüler existierende Machtstrukturen, Ungleichheiten, gesellschaftliche Prozesse sowie demokratie- und menschenfeindliche Phänomene kritisch analysieren und bewerten und ihre (eigenen) - auch digitalen - politischen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und ggf. anwenden. Dem schließt sich an, dass Schülerinnen und Schüler ihren Gestaltungsspielraum wahrnehmen und damit lernen den Wandlungsprozessen, denen Demokratien auf Grund von Veränderungen durch multiple Krisen und globale Interdependenzen unterworfen sind, nicht politisch ohnmächtig gegenüberzustehen. Politikunterricht strebt vielmehr danach, die politische Selbstwirksamkeit junger Menschen zu fördern. Der Politikunterricht hat hierbei die Chance, diejenigen zu unterstützen, die aufgrund soziokultureller und ökonomischer Ungleichheiten vor gesellschaftlichen Teilhabebarrrieren stehen.

Demokratische Politik ist einerseits durch Interessens- und Wertevielfalt, andererseits durch begrenzte (z. B. finanzielle, strukturelle, ökologische) Ressourcen herausgefordert und damit konfliktthaft. Politische Problemlösungen sind somit Kompromisse und aufgrund von nicht vorhersehbaren gesellschaftlichen Entwicklungen häufig nicht dauerhaft. Demokratievertrauen bedarf somit der Förderung von Konfliktfähigkeit und Ambiguitätstoleranz in einem klar definierten demokratischen Werterahmen.

Schließlich ist der Politikunterricht, wie die Institution Schule als Ganzes, demokratischen Grundwerten, wie sie in den Grund- und Menschenrechten verankert sind, verpflichtet. Diese setzen den Rahmen, in dem die Schülerinnen und Schüler gesellschaftliche Kontroversen diskutieren und Konflikte verhandeln. Sie lernen, Verletzungen dieses demokratischen Rahmens sowie Angriffe auf Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus zu identifizieren und ihnen verbal sowie handelnd entgegenzutreten. Nicht zuletzt sind Schule und Politikunterricht ein Raum, in dem demokratische Haltung und Diskriminierungsschutz konkret erlebt, gelebt und eingefordert werden.

Zentrale politikdidaktische Prinzipien zur Förderung der Urteils- und Handlungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler sind Problemorientierung, Handlungsorientierung, Konfliktorientierung, Kontroversität (versus Indoktrination) und Multiperspektivität. An die Interessen und Lebensrealitäten der Lernenden anzuknüpfen und sie an der thematischen sowie methodischen Gestaltung des Unterrichts mitwirken zu lassen, entspricht dem demokratieorientierten Auftrag des Politikunterrichts zur Förderung politischer Mündigkeit. Dies schlägt sich auch in den drei Grundsätzen des Beutelsbacher Konsens', dem Minimalkonsens für Angebote der politischen Bildung, nieder: dem Überwältigungsverbot, dem Kontroversitätsgebot sowie der Schülerinnen- und Schülerorientierung.

Diese Grundsätze sind eng mit der Wissenschaftsorientierung, dem Aktualitätsbezug und dem Exemplarischen Lernen verknüpft. Eine Kontroverse oder ein Problem lässt sich am besten an einem konkreten Beispiel erschließen, welches exemplarisch für die Problemstellung ist und darauf abzielt, aufgrund seiner Bedeutsamkeit, Aktualität oder seines Bezugs zur Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler Interesse zu wecken und Motivation zu erzeugen. Einige häufig wiederkehrende Beispiele könnten hier sein: die Beteiligung von allen Menschen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, der gesellschaftliche Umgang mit verschiedenen Formen der Ausgrenzung, eine gerechte Migrations- und Integrationspolitik, die Grenzen von Protest oder auch gesellschaftliche Herausforderungen im Kontext neuer Technologien.

Insofern sind die im Rahmenlehrplan genannten Themenfelder und Inhalte nicht im Sinne einer Liste deklarativen Wissens zu verstehen. Ein kompetenzorientierter Politikunterricht wendet diese Inhalte - idealerweise in Absprache mit den Lernenden - auf aktuelle politische Probleme an. Das verdeutlicht auch, dass sich der Unterricht stets wandelt und die Themen immer wieder entlang gegenwärtiger Fallbeispiele aktualisiert werden müssen.

Die Projektarbeit und die Nutzung von außerschulischen politischen Bildungsangeboten sind wichtige Formate für die Unterrichtsgestaltung. Durch die Möglichkeit, politisches Handeln (real oder simulativ) selbst erleben bzw. durchführen zu können, leistet das Fach Politische Bildung einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung. In jedem Kurshalbjahr werden daher mindestens ein außerschulischer Lernort besucht/bzw. außerschulische Lernangebote genutzt. Eine weitere Möglichkeit der Öffnung des Politikunterrichts ist die Einladung von (politischen) Akteuren in die Schule. Dies ermöglicht zugleich die Öffnung von Schule als demokratischer Institution in die Zivilgesellschaft und den sozialen Nahraum.

1.2 Kompetenzmodell

Mündig handeln

Politische Mündigkeit als übergeordnetes Ziel schulischer Bildung und Ziel des Politikunterrichts wird als mündiges Handeln auf der Basis von demokratischen Grundwerten und Grund- und Menschenrechte verstanden. Sie wird beschrieben durch die politische Handlungskompetenz der Schülerinnen und Schüler, welche sie zur gesellschaftlichen Teilhabe durch Mitbestimmung und Mitgestaltung befähigt. D. h., dass z. B. reale politische Handlungsmöglichkeiten auch im Politikunterricht eine Rolle spielen.

Politisch mündiges Handeln lässt sich in partizipatives und kommunikatives Handeln unterteilen, was häufig im Zusammenhang steht. Partizipation wird dabei verstanden als das freiwillige Ansinnen, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Partizipative Handlungen, für die mittlerweile vermehrt auch der digitale Raum und soziale Medien genutzt werden, reichen von der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, über Engagement in Initiativen, Verbänden und Parteien bis hin zu kritischem Konsum, der Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen oder der Unterstützung sozialer Bewegungen. Bei kommunikativen politischen Handlungen geht es darum, komplexe politische Probleme artikulieren zu können, über geeignete Lösungswege argumentativ zu streiten sowie politische Ansichten öffentlich zu formulieren. Dies geschieht z. B. in Form von Unterschriftensammlungen, Emails an Politikerinnen und Politiker oder Leserinnen- und Leserbriefe.

Um das politisch mündige Handeln zu fördern, werden im Politikunterricht die folgenden vier Schlüsselaktivitäten umgesetzt: eigene Interessen artikulieren, andere mit Argumenten von der eigenen Position überzeugen, in Verhandlungen Konflikte austragen und Kompromisse erzielen sowie sich zwischen möglichen Alternativen – trotz unvollständiger Informationen und Ungewissheiten - begründet entscheiden.

Klassische Formate zum Fördern politischer Handlungskompetenz im Unterricht sind simulative Makromethoden wie Talkshows, Debatten, Rollen- und Entscheidungsspiele. Darüber hinaus ergeben sich Lerngelegenheiten entlang des realen politischen Handelns. Um Schülerinnen und Schüler im Sinne des Beutelsbacher Konsens zu befähigen, die politische Lage in Bezug auf ihre Interessen zu beeinflussen und für politische Lösungsvorschläge einzutreten, können Produkte

wie Leserbriefe, Online-Kommentare, Blogbeiträge, Videos oder Podcasts konzipiert werden. Im Rahmen des Politikunterrichtes bieten sich zudem Gespräche mit (politischen) Akteuren aus Politik, Interessenvertretungen, NGOs, Zivilgesellschaft und Wirtschaft an. Schließlich können gesellschaftliche und politische Gesprächsanlässe aus dem Politikunterricht auch in die Mitbestimmungsstrukturen im Nahraum Schule (Klassenrat, Schülerinnen- und Schülervertretung) übertragen werden (oder umgekehrt). (vgl. Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe, Teil B)

Analysieren

Die Kompetenz des sozialwissenschaftlichen Analysierens bezeichnet die Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler, sich ein gesellschaftlich-politisches Problem, eine Kontroverse oder Entscheidung in deren Komplexität entlang von zentralen sozialwissenschaftlichen Kategorien und unter Berücksichtigung der verschiedenen gesellschaftlichen Perspektiven zu erschließen – eine Fähigkeit, die jenseits des Unterrichts und nach der Schulzeit zentral für die politische Orientierungsfähigkeit in einer Demokratie ist.

Das Vorgehen bei der Analyse variiert nach dem Gegenstand (z. B. Grundrechtskonflikte, staatliche Interventionen, ...) und bedient sich der jeweils angemessenen fachlichen Methode (z. B. Umfrage, Interview, Fallstudie, Konfliktanalyse, ...), den zugrunde liegenden Fachkonzepten (z. B. Gesetzgebung, Konflikte usw.) und daraus abgeleiteter Analyse Kriterien (z. B. Akteure, Interessen, Macht, Werte, ...). Das Einbeziehen von macht- und herrschaftskritischen Kriterien (z. B. entlang der Kategorien Race, Class, Gender) unterstützt darin, soziale Machtgefälle und Ungleichheiten – auch in einer Demokratie – zu identifizieren. Damit zusammen hängt die Frage, welche Themen sowie wessen Interessen (nicht) verhandelt und wahrgenommen werden. Der Politikunterricht kann in der Analyse diese Stimmen sichtbar machen und Möglichkeiten diskutieren, wie Exklusionen, Marginalisierungen und Diskriminierung in einer Demokratie abgebaut werden können.

Zur sicheren und routinierten Anwendung verschiedener, auch digital gestützter Analysemethoden (z. B. zur Auswertung von Umfragen) gehören die transparente und (wenn möglich) gemeinsame Planung der methodischen Vorgehensweise sowie die kritische Reflexion über die Eignung verwendeter Methoden mit den Schülerinnen und Schülern. Die Förderung der (zunehmend) selbstständigen Analyse sind eine wesentliche Grundlage für das politische Urteilen und führt auf das wissenschaftliche Arbeiten hin.

Urteilen

Politisches Urteilen beschreibt die Fähigkeit, ausgehend von gesellschaftspolitischen Problemstellungen Positionen einzunehmen und diese auch (öffentlich) zu begründen. Dies kann sich auf Fragen, Prozesse, Akteure und (Wahl)Entscheidungen des sozialen und kommunalen Nahraums ebenso beziehen wie auf die (supra)nationale, oder globale Ebene.

Bei der Formulierung eines Urteils, das sich im Reflexionsniveau von einem Vorausurteil unterscheidet, werden verschiedene politische Vorschläge und Forderungen, die von politischen Akteuren verfolgt werden, sowie Resultate von politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen analysiert und bewertet. Die Reflexion und Analyse verschiedener Perspektiven politischer Akteure, aber auch die der von politischen Entscheidungen Betroffenen dienen hierbei als Bezugspunkte, um die Problemstellungen zu beurteilen, indem beispielsweise die Sicht von Parteien, Medien, Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern eingenommen werden. Aus diesen Blickwinkeln heraus können dann verschiedene Argumente formuliert werden, welche sich wiederum an verschiedenen Grundwerten wie Gerechtigkeit, Freiheit, Menschenwürde oder auch Solidarität (Legitimität), aber auch Kosten oder Nutzen (Effizienz) orientieren. Diese Kriterien sind dabei anschlussfähig an die Fachkonzepte bzw. fachwissenschaftlichen Kategorien.

Im Unterricht werden multiperspektivische und kontroverse Urteile entwickelt und diskutiert, die die gesellschaftliche Interessenvielfalt im Rahmen demokratischer Grundwerte möglichst widerspiegeln (Beutelsbacher Konsens). Positionen, die diese Grundwerte verletzen, werden kritisch eingeordnet bzw. dekonstruiert. Zugleich kommt dem Politikunterricht vor dem Hintergrund von (sozialen) Ungleichheiten – wie schon bei der Analyse - die Aufgabe zu, politische Entscheidungen im Hinblick auf marginalisierte und ungehörte Perspektiven zu hinterfragen.

Die Anerkennung einer demokratisch-pluralistischen Meinungsvielfalt als Kennzeichen der Demokratie wird durch einen kontroversen, problemorientierten Politikunterricht gefördert. Zugleich stellt er einen angstfreien Raum dar, in dem Schülerinnen und Schüler sowohl ihre (mitunter emotional besetzten) Vorausurteile und Positionen äußern, versachlichen, festigen oder ggf. revidieren können. Dafür ist wichtig einen offenen Raum zu schaffen, der von einem Vorausurteil durch eine intensive Auseinandersetzung zu einem begründeten Urteil führt.

Methoden anwenden

Alle fachspezifischen Kompetenzen werden von der Methodenkompetenz getragen. Im Zentrum stehen die Methoden zur Auswertung von verschiedenen Medien (z. B. Text-, Bild- und Videoquellen wie Statistiken, Karikaturen oder Dokumentationen) und zur Gewinnung politischer Informationen (z. B. Recherche, Interviews, Expertenbefragung). Diese können mithilfe digitaler (z. B. im Bereich der AI) und/oder analoger Tools vorgenommen werden. Im Politikunterricht der gymnasialen Oberstufe werden diese Fähigkeiten durch den Umgang mit weiteren Methoden der empirischen Sozialforschung zur Erkenntnisgewinnung ergänzt und vertieft, z. B. Befragungen und Szenarioanalysen.

In der Auseinandersetzung mit Desinformationen, Verschwörungsdenken oder auch *Framing* trägt der Politikunterricht zur Medienkompetenz (s. Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe Teil B) der Lernenden bei, indem die Fähigkeit gefördert wird, die Glaubhaftigkeit und die Qualität (politischer) Informationen kritisch zu prüfen sowie gesellschaftliche Diskurse und das Setzen von Begriffen und Narrativen zu hinterfragen.

Aufgrund der hohen Bedeutung von Kommunikation und Sprache ist die Förderung der domänenspezifischen Kompetenzen des Politikunterrichts eng mit einer (durchgängigen) Sprachbildung verknüpft, für die Politikkompetenz der Lernenden ist bildungssprachliche Handlungskompetenz eine wesentliche Voraussetzung. Einerseits wird Alltagssprache sukzessive durch Fachsprache erweitert, andererseits werden Sprachhilfen für die Schlüsselaktivitäten Artikulieren, Argumentieren, Verhandeln, Entscheiden und Reflektieren angeboten und eingeübt. Der Einsatz rhetorischer Mittel beim Argumentieren wird durch die Bewusstmachung der Wirkung solcher Mittel angebahnt oder auch implizite oder explizite Wertungen in der Sprachverwendung kritisch reflektiert.

Die Nutzung kooperativer Lernformen und kollaborativer Lerntools unterstützt die politische Urteils- und Handlungskompetenz der Lernenden. Demokratiebildendes Potential von (Politik)Unterricht eröffnet sich über die Einbindung der Lernenden in Planung, Durchführung und Reflexion von Unterrichtsinhalten, -methoden und Interaktionen (demokratische Unterrichtskultur). Analyseergebnisse, politische Urteile und politisches Handeln können zur Reorganisation von neuem Wissen sowie zur Sicherung und Vertiefung in Lernprodukte einfließen, z. B. Plakate, Posts, Blogs, Videos, Präsentationsfolien oder Podcasts, aber auch Politikempfehlungen, Kommentare, Reden oder die Planung von Workshops.

Konzeptwissen anwenden

Konzeptwissen bezieht sich auf das Fachwissen der Schülerinnen und Schüler, welches in Form von Basis- und Fachkonzepten im Laufe der Schuljahre erworben wird. Konzepte sind inhaltlich umfangreicher als Begriffe und Definitionen (enzyklopädisches Wissen). Sie beziehen sich auch auf Kontroversen und Probleme, die mit dem jeweiligen Konzept im Zusammenhang stehen (z. B. repräsentative versus direkte Demokratie). Dabei wird ggf. reflektiert, welche Vorstellungen und Werte durch bestimmte Begriffe geschaffen werden (z. B. was sind öffentliche und was private Güter?). Über die Ausprägung des Konzeptwissens werden schließlich politische Phänomene erklärbar gemacht und können zur Strukturierung des Erkenntnisprozesses für eine Fülle von politischen Problemen genutzt werden.

Der Erwerb von Konzeptwissen geschieht über eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Verständnisses der fachspezifischen Konzepte und eine damit einhergehende Vernetzung zwischen den einzelnen Konzepten. Dazu werden die für den Unterrichtsgegenstand passenden Fachkon-

zepte angewendet und systematisch als Analyse- und Urteilkategorien eingesetzt. Über die Arbeit mit den jeweiligen Begriffen erweitern die Lernenden ihre Fachkenntnisse und korrigieren ggf. Fehlverständnisse.

Unterschieden wird in Basis- und Fachkonzepten. Die Basiskonzepte spiegeln die Kernideen von Politik und haben eine Nähe zum Politikbegriff der drei Dimensionen des Politischen (Polity, Policy, Politics). Sie helfen Schülerinnen und Schüler bei der Analyse von Problemstellungen und unterstützen Lehrkräfte bei der Unterrichtsplanung.

Basiskonzepte setzen sich aus einer Vielzahl von Fachkonzepten zusammen. An ihnen lässt sich das prinzipiell Politische erkennen und beschreiben. Die Einbeziehung von Fachkonzepten aus weiteren Domänen (z. B. Recht, Wirtschaft, Soziologie oder Geschichte) ist je nach Untersuchungsgegenstand sinnvoll, solange der Kern des Politischen erhalten bleibt - wobei das Politische hier weit gefasst ist und auch gesellschaftliche Fragen einschließt. Die Auswahl und Verwendung von Fachkonzepten hat einen funktionalen Charakter und hängt vom behandelten politischen Problem bzw. Sachverhalt ab.

Basis- und Fachkonzepte

	Basiskonzepte	Fachkonzepte (Kategorien), z. B.:
Polity	Ordnung/Systeme/Strukturen <i>gesellschaftlicher, politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher Handlungsrahmen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Gewaltenteilung - Repräsentation - Demokratie - Verfassungsprinzipien - Staat - Markt - globales Regieren - etc.
Policy	Interessen/Werte/ Grundorientierungen <i>kontroverse Bewertungsmaßstäbe anhand von Werten, Interessen, Theorien, Programmen, etc.</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Menschenwürde - Recht - Gerechtigkeit - Freiheit - Gleichheit - Frieden - Sicherheit - Nachhaltigkeit - öffentliche Güter (Bildung, Kultur, Infrastruktur) - Race - Class - Gender - etc.
Politics	Entscheidung/Akteure/Macht <i>Entscheidungs- und Machtbildungsprozesse der Akteure</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Parteien - Interessengruppen - Parlament - Regierung - Opposition - Wahlen - Legitimation - Öffentlichkeit - Massenmedien - Macht - Interesse - Konflikt - etc.

Anhörungsfassung 27.05.-13.09.2024

2 Standards für die Kompetenzbereiche im Fach Politische Bildung

2.1 Eingangsvoraussetzungen

Für einen erfolgreichen Kompetenzerwerb in der gymnasialen Oberstufe sollten die Schülerinnen und Schüler zu Beginn der Qualifikationsphase bestimmte fachliche Anforderungen bewältigen. Diese sind identisch mit den H-Standards des Rahmenlehrplans für die Jahrgangsstufen 1–10, Teil C Politische Bildung. Die H-Standards setzen jeweils die Kompetenzen auf den vorgelagerten Niveaustufen voraus. Den Lernenden ermöglichen sie, sich ihres Leistungsstandes zu vergewissern. Lehrkräfte nutzen sie für differenzierte Lernarrangements sowie zur individuellen Lernberatung.

2.2 Abschlussorientierte Standards

Die abschlussorientierten Standards definieren die Kompetenzen, die Lernende bis zum Ende der Qualifikationsphase erwerben sollen. Diese werden sowohl im Unterricht des Grundkursfachs als auch des Leistungskursfachs entwickelt.

Sowohl im Grundkursfach als auch im Leistungskursfach gelten gleiche Anforderungen und Ziele im Hinblick auf die Entwicklung politischer Mündigkeit und Handlungskompetenz. Der Unterschied in den Anforderungen des Grund- und des Leistungskurses liegt im Umfang und in der Tiefe der gewonnenen Kenntnisse und des Wissens über deren Verknüpfungen. Zudem unterscheiden sie sich im Maß der Selbststeuerung bei der Bearbeitung von Problemstellungen.

Das erhöhte Anforderungsniveau im Leistungskurs zeichnet sich durch eine Zunahme von Komplexität, Abstraktheit, Breite und Tiefe sowie Differenziertheit aus.

Dies äußert sich im Politikunterricht im **Kompetenzbereich der methodischen Fähigkeiten** darin, dass die Lernenden komplexere Fragestellungen mit einem größeren Repertoire methodischer Fähigkeiten auch wissenschaftlich erschließen und die Auswahl der verwendeten fachlichen Methoden reflektieren.

Für den **Kompetenzbereich des Analysierens** werden im Vergleich zum grundlegenden Anforderungsniveau zu bestimmten Themen die Inhalte komplexer und tiefer (theoretisch) erschlossen.

Im **Kompetenzbereich des Urteilens** können Lernende auf erhöhtem Anforderungsniveau komplexere Argumente mit Belegen heranziehen und damit eigene Standpunkte differenzierter begründen.

Im Folgenden werden die fachbezogenen Kompetenzen anhand von Standards präzisiert. Dabei gelten die formulierten Standards für die Anforderungen im Grund- und im Leistungskurs.

2.2.1 Mündig handeln

Interessen vertreten

Die Lernenden ...

- vertreten ihre Interessen sachlich und respektvoll vor anderen und begründen diese mithilfe fachbezogener Konzepte,
- vertreten Interessen in Auseinandersetzung mit konkurrierenden und entgegengesetzten Interessen und Perspektiven,
- vertreten Interessen (schul-)öffentlich (z. B. in einer simulierten Talkshow, einer Debatte oder Pro- und Kontra-Diskussion),
- vertreten Positionen in fremden Rollen, die mit ihrer eigenen konkurrieren.

Konflikte austragen

Die Lernenden ...

- berücksichtigen in der politischen Diskussion die Verschiedenheit anderer Menschen und ihrer Bedürfnisse und sind bereit, Vorurteile zu reflektieren und Kompromisse zu finden,
- nutzen Verfahren der Konfliktanalyse, um politische Konflikte zu erschließen und mögliche Lösungen (z. B. Kompromisse) zu entwickeln,
- tragen (simulativ) politische Konflikte aus (z. B. in Plan- und Entscheidungsspielen).

Politisch entscheiden

Die Lernenden ...

- vergleichen und bewerten unterschiedliche Formen der Entscheidungsfindung und Durchsetzung von (eigenen/gesellschaftlichen) Interessen,
- wenden unterschiedliche Formen der Entscheidungsfindung und Durchsetzung von (eigenen/gesellschaftlichen) Interessen (simulativ) an (z. B. Wahlen simulieren, Konsensbildungsverfahren anwenden, Abstimmungen durchführen).

2.2.2 Analysieren

Politische Probleme methodisch erschließen

Die Lernenden ...

- wählen geeignete Analyseverfahren aus und wenden diese an,
- arbeiten die interessen geleitete Setzung, Verbreitung und Dominanz von Themen heraus.

Politische Probleme, Entscheidungen und Kontroversen analysieren

Die Lernenden ...

- beschreiben und erläutern politische Problemlagen, Entscheidungen, Kontroversen mithilfe von fachbezogenen Kriterien, Konzepten, Modellen und Theorien,
- arbeiten bezogen auf politische Problemlagen, Entscheidungen und Kontroversen die Perspektiven von Betroffenen und Akteuren heraus,
- vergleichen politische Problemlagen, Entscheidungen und Kontroversen.

2.2.3 Urteilen

Politische Urteile entwickeln und begründen

Die Lernenden

- diskutieren politische Problemstellungen mithilfe fachbezogener Kriterien, Konzepte, Modelle und Theorien,
- reflektieren die Kriterien, Konzepte, Theorien und Perspektiven, die dem eigenen und anderen politischen Urteilen zugrunde liegen,
- entwickeln (eigene) Urteile, in denen sie kriteriengeleitet verschiedene Argumente und Perspektiven abwägen.

Sich mit der Wertgebundenheit von politischen Urteilen auseinandersetzen

Die Lernenden

- reflektieren Grundhaltungen und Wertesysteme, die dem eigenen politischen Urteil und anderen politischen Urteilen zugrunde liegen,
- begründen die Auswahl und Gewichtung der von ihnen verwendeten Urteilkriterien (z. B. unterschiedliche Wertmaßstäbe).

Politische Lösungen gestalten

Die Lernenden

- entwickeln Lösungsvorschläge für politische Problemstellungen unter Berücksichtigung verschiedener Adressaten und Perspektiven,
- begründen politische Lösungsvorschläge mithilfe fachlicher Kriterien, Konzepte und Theorien,
- prüfen politische Lösungsvorschläge hinsichtlich der Realisierbarkeit und möglicher Folgen (z. B. Wirksamkeit, ökonomische, soziale und ökologische Folgen).

2.2.4 Methoden anwenden

Politisch kommunizieren

Die Lernenden

- verwenden sachbezogen politische Fachbegriffe, hinter denen Fachkonzepte stehen,
- problematisieren die (implizite) Bedeutung politischer Fachbegriffe sowie die Sprachverwendung und deren Wirkung,
- verwenden sprachliche Mittel des politischen Argumentierens und der politischen Debatte,
- reflektieren den Einsatz und die Wirkung digitaler Medien für die politische Kommunikation.

Methoden der politischen Analyse variabel einsetzen

Die Lernenden

- analysieren Texte, Schaubilder, Tabellen, Filme, Bilder, Karikaturen, Beiträge in sozialen Medien mithilfe geeigneter fachlicher Methoden,
- prüfen die Quellen und den Aussagewert politischer Informationen und mögliche Absichten für deren Veröffentlichung,
- wenden Methoden der empirischen Sozialforschung an (z. B. Interviews, Befragungen),
- erörtern methodenkritisch selbst verwendete Analyseverfahren.

Politische Medienprodukte erstellen

Die Lernenden

- gestalten Medienprodukte zu politischen Problemen und Entscheidungsfragen (z. B. Video, Präsentation, Podcast, Kommentar, Rede, Beiträge in sozialen Medien),
- reflektieren die Wirkung der erstellten Medienprodukte.

Arbeitsprozesse partizipativ gestalten

Die Lernenden

- wählen begründet Inhalte, Themenschwerpunkte, Methoden und Produkte aus,
- verständigen sich über Ziele und Verfahren der Gruppenarbeit (z. B. Beitrag zum Ergebnis),
- nutzen kooperative und kollaborative Lernformen zur Erschließung von Lerninhalten und Herstellung von Lernprodukten,
- kooperieren mithilfe digitaler kollaborativer Lerntools,
- überprüfen und optimieren kollaborative Arbeitsprozesse und ihre Ergebnisse.

3 Themenfelder und Inhalte

3.1 Einführungsphase in der Jahrgangsstufe 11

Die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe hat eine Brückenfunktion zwischen der Sekundarstufe I und der Qualifikationsphase. Die Lernenden bauen in dieser Phase fachspezifische Kompetenzen aus und festigen sie. Sie setzen sich exemplarisch mit politischen Problemstellungen auseinander. Projektorientiertes Arbeiten unter Einbeziehung außerschulischer Lernorte bzw. außerschulischer Expertinnen und Experten fördert diese Anliegen in besonderem Maße.

Um einen erfolgreichen Übergang in die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe zu ermöglichen, werden in der Jahrgangsstufe 11 an Integrierten Sekundarschulen/ Gemeinschaftsschulen/Beruflichen Gymnasien (Land Berlin) und Gesamtschulen/Beruflichen Gymnasien (Land Brandenburg) die Kompetenzen entsprechend dem Kompetenzmodell der Sekundarstufe I weiterentwickelt.

Die Kompetenzentwicklung in der Einführungsphase orientiert sich an den im Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 1-10 der Berliner und Brandenburger Schulen formulierten H-Standards. Für die Planung des Unterrichts in der Einführungsphase werden die H-Standards in allen Kompetenzbereichen auf die Inhalte der Einführungsphase angewendet. Die Schülerinnen und Schüler erhalten die Möglichkeit, Defizite auszugleichen und Stärken weiterzuentwickeln. Sie vertiefen bzw. erwerben fachbezogen und fachübergreifend Grundlagen für wissenschaftspropädeutisches Arbeiten und bewältigen zunehmend komplexe Aufgabenstellungen. Dabei wenden sie fachliche und methodische Kenntnisse und Fertigkeiten mit wachsender Sicherheit selbstständig an.

Schwerpunkte der Kompetenzentwicklung in der Einführungsphase

Die Lernenden...

- stellen Positionen (in einer fremden Rolle) dar (z. B. in einer Pro- und Kontra-Diskussion oder einer simulierten Talkshow) (Kompetenzbereich „Mündig handeln“),
- tragen politische Konflikte (simulativ) aus und handeln Kompromisse aus (z. B. im Plan- und Entscheidungsspiel) (Kompetenzbereich „Mündig handeln“),
- untersuchen längere Texte verschiedener Textsorten (z. B. Kommentar, Interview, Reportage) mithilfe ausgewählter Methoden (Kompetenzbereich „Methoden anwenden“),
- verfassen längere kohärente Texte mit Hilfe allgemeiner sowie fachspezifischer bildungssprachlicher Termini (Teil B „Bildungssprachliche Handlungskompetenz“),
- analysieren und beurteilen die Rolle von digitalen Medien für die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung (Bereich „Handlungskompetenzen in der digitalen Welt“)
- wählen geeignete simulative, empirische und handlungsorientierte Methoden aus (Kompetenzbereich „Methoden anwenden“).

In der Einführungsphase werden ein Basismodul sowie mindestens zwei Vertiefungsmodule behandelt. Dabei können Inhalte aus der Sekundarstufe I vertieft und neue Inhalte eingeführt werden und sollten unterschiedliche Themenfelder des Faches angesprochen werden. Eine Vorwegnahme von Inhalten aus der Qualifikationsphase ist auszuschließen, wobei thematische Überschneidungen nicht gänzlich zu vermeiden sind. Die Lernenden sind bei der Auswahl der Inhalte so weit wie möglich einzubeziehen.

Im Basismodul erfolgt die exemplarische, vertiefende Behandlung einer aktuellen gesellschaftlich-politischen Kontroverse bzw. eines aktuellen politischen Konflikts. Je nach Auswahl wird dieser Inhalt im Unterricht mit Hilfe passender Fachkonzepte erschlossen (z. B. Gesetzesvorhaben → Politikzyklus; internationaler Konflikt → Konfliktanalyse). Damit verbunden ist die exemplarische Auseinandersetzung mit einer Bandbreite unterschiedlicher Angebote der Medienlandschaft (z. B. Kommentar, Talkshow, Reportage, Podcast, politische Satiresendung, Beiträge in sozialen Medien). Zielsetzung ist, die Schülerinnen und Schüler – auch für die sich anschließende Qualifikationsphase – zu einer vertieften laufenden Beschäftigung mit aktuellen politischen Problemlagen, Kontroversen und Entscheidungen zu befähigen und zu ermuntern.

Basismodul: Thematisierung eines aktuellen politischen Konflikts
<ul style="list-style-type: none"> – <i>Wie kann der Konflikt gelöst werden?</i> → problemorientierter Zugang – Nutzung von Fachkonzepten (z. B. Gesetzesvorhaben → Politikzyklus; internationaler Konflikt → Konfliktanalyse) sowie entsprechender Urteilkriterien
Vertiefungsmodule: weitere mögliche Inhalte
<ul style="list-style-type: none"> – Wie werden wir befähigt in der Gesellschaft zu leben? Phasen und Instanzen der Sozialisation – Wie würden wir unser Zusammenleben auf einer Insel regeln? Nachdenken über Politik mit Hilfe des genetischen Ansatzes – Blickt Politik nur noch auf die letzte Umfrage? Wahlforschung auf dem Prüfstand – Lohnt es sich, sich in meinem Bezirk / meiner Stadt / meinem Dorf einzubringen? Politische Beteiligungsformen auf kommunaler Ebene – Wie kann erschwingliches Wohnen ermöglicht werden? Gentrifizierung und Wohnungspolitik – Was braucht es zum guten Leben auf dem Land? Daseinsvorsorge im ländlichen Raum – Kann Musik die Welt verändern? Politik und Popkultur – Kostet der Patentschutz Menschenleben? Die Diskussion um öffentliche Güter am Beispiel der Gesundheitspolitik – Wie kann der Plastikmüll im Meer reduziert werden? Der Umgang mit Plastik als Beispiel internationaler Zusammenarbeit – Was bedeutet gute Nachbarschaft? Die Beziehung zwischen Deutschland und Polen (alternativ: Beziehung zu anderen europäischen Staaten, z. B. Frankreich, Großbritannien, Russland) – Was verbindet die westliche Welt? Die Beziehungen zwischen der EU und den USA (alternativ: Beziehung zu anderen außereuropäischen Regionen und Staaten, z. B. China, Maghreb-Staaten, Brasilien) – Was macht, wer Politik studiert hat? Politikberatung, Journalismus und andere Berufsfelder – weitere Inhalte bzw. Themen (unter Berücksichtigung der politischen Aktualität, schulspezifischer Bedingungen bzw. Festlegungen sowie Präferenzen der Lerngruppe)

3.2 Themenfelder und Inhalte für die Qualifikationsphase

Die Themenfelder und Inhalte knüpfen an die Themen und Inhalte des Fachs Politische Bildung in der Sekundarstufe I an. Die Themenfelder sind inhaltlich und zeitlich so strukturiert, dass sie eine sinnvolle und begründete Reihenfolge ergeben, ihre Zuordnung zu den Kurshalbjahren der Qualifikationsphase ist für den Grund- und Leistungskurs verbindlich.

In beiden Kursformen werden in allen Kurshalbjahren zwei verbindliche Basismodule belegt. Im Grundkurs wird zusätzlich mindestens ein Vertiefungsmodul ausgewählt, im Leistungskurs werden (bis auf das vierte Kurshalbjahr) mindestens zwei Vertiefungsmodul ausgewählt. In den Vertiefungsmodulen werden einzelne Aspekte der Basismodule exemplarisch/inhaltlich/theoretisch oder unter dem Aspekt des empirisch-wissenschaftspropädeutischen Arbeitens erweitert oder vertieft. Die Vertiefungsmodul werden zu den Themen der Basismodule entsprechend herangezogen und integrativ unterrichtet. Dabei werden die Interessen der Schülerinnen und Schüler bei der Auswahl der Vertiefungsmodul und ihrer Inhalte berücksichtigt.

Bei der Ausgestaltung der Themenfelder und Inhalte werden im Unterricht der gymnasialen Oberstufe die Basis- und Fachkonzepte der Politischen Bildung aufgegriffen und in ihrer Komplexität theoretisch erschlossen. Politische Probleme und Handlungsoptionen zu ihrer Lösung werden mithilfe politischer Kategorien und Kriterien diskutiert. Die Inhalte in den einzelnen Themenfeldern stehen immer in Bezug zu allen vier Kompetenzbereichen: Methoden anwenden, Analysieren, Urteilen und Mündig handeln. Diese wiederum sind wechselseitig miteinander vernetzt.

Die am Ende der Themenfelder dargestellten möglichen Beiträge zur Kompetenzentwicklung zeigen exemplarisch Möglichkeiten auf, wie einzelne Kompetenzen und deren Standards in den Themenfeldern erreicht werden können.

	Themenfelder für den Grund- und Leistungskurs
Q 1	Demokratie
Q 2	Wirtschaftspolitik
Q 3	Globales Regieren
Q 4	Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung

3.2.1 Demokratie

Demokratie muss sich beständig neuen Herausforderungen stellen: Zum einen gilt es, die Demokratie und die Grundrechte gegen antidemokratische Ideologien und Bewegungen, die sie abschaffen wollen, zu verteidigen, zum anderen gibt es legitime Diskurse, inwiefern die Prozesse und Strukturen der demokratischen Entscheidungsfindung auf verschiedenen politischen Ebenen umfassendere Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger und die Mitsprache der von politischen Entscheidungen Betroffener vorsehen sollten.

Dabei ist es zentral, Prozesse und Strukturen nicht abstrakt und schematisch als Institutionenkunde darzustellen, sondern anhand aktueller politischer Kontroversen, die in ihrer Thematik schülerinnen- und schülernah sind und bei deren Auswahl die Lernenden beteiligt werden sollen, exemplarisch die Funktionsweise demokratischer Entscheidungsprozesse und der daran beteiligten Institutionen und Akteure zu analysieren und zu beurteilen.

Anhand eines oder mehrerer solcher aktuellen Beispiele setzen sich die Schülerinnen und Schüler im Basismodul 1 daher kritisch mit konkurrierenden politischen Handlungsvorschlägen und ihren möglichen Auswirkungen auseinander. Hierbei entwickeln sie fachliche Kompetenzen über ausgesuchte Politikfelder, Strukturen und Aufbau der politischen Systeme der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union weiter, die bereits in der Sekundarstufe I angelegt worden sind.

Im Basismodul 2 analysieren die Lernenden die Bedeutung der Grundrechte für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und beurteilen aktuelle Fallbeispiele von Grundrechtskollisionen. Dabei sind besonders schülernahe Fälle auszuwählen, in denen auch Minderjährige Grundrechtsträger sind. Die Geltung der Grundrechte und das Demokratieprinzip werden von antidemokratischen Gruppen in Frage gestellt. Die Lernenden analysieren gegenwärtige aktuelle demokratiegefährdende Tendenzen am Rande und in der Mitte der Gesellschaft und beurteilen die Handlungsmöglichkeiten der wehrhaften Demokratie und des Einzelnen am konkreten Beispiel.

Die Fragestellungen des Basismoduls 1 lassen sich beispielsweise durch eine demokratietheoretische Analyse mit dem Vertiefungsmodul 1 verknüpfen und damit auch auf abstrakterer, allgemeinerer Ebene erörtern. Ebenso lässt sich hier die Partizipation und die Ausgestaltung des politischen Systems mit Vertiefungsmodul 2 auf die europäische Ebene übertragen und weiterdenken. Auch das Vertiefungsmodul 3 bietet zahlreiche Anknüpfungsmöglichkeiten, beispielsweise eine Weiterführung, wie die Gegner der Demokratie ein System in ihrem Sinne umgestalten können. Andere Verknüpfungen als die hier angeführten sind denkbar.

Das Themenfeld bietet vor allem Anknüpfungspunkte zu den übergreifenden Themen Demokratiebildung und Europabildung in der Schule.

Basismodul 1: Partizipation und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und der EU

Anhand einer oder mehrerer aktueller politischer Kontroversen werden die Struktur und Ergebnisse von Entscheidungsprozessen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und der EU analysiert und beurteilt. Berücksichtigt werden dabei je nach Schwerpunkt:

- beteiligte Organe und deren Arbeitsweise auf nationaler und europäischer Ebene im Rahmen der Gesetzgebung
- die Bedeutung der Gewaltenteilung und Gewaltenschränkung
- Staatsstrukturprinzipien
- die Struktur der Demokratie (z. B. im Spannungsfeld von direkter und repräsentativer Demokratie)
- Spannungsfeld zwischen nationalstaatlicher Souveränität und Kompetenzen der EU
- der Einfluss von Akteuren auf politische Entscheidungen (Parteien, Verbände, Medien, Expertinnen und Experten, Zivilgesellschaft)

Anhand aktueller Beispiele und gesellschaftlicher Debatten werden die Chancen und Herausforderungen von Partizipation insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen analysiert und multiperspektivisch beurteilt, beispielsweise

- Wahlen, Volksentscheide, Petitionen
- Bürgerräte
- Petitionen
- Demonstrationen, Proteste, ziviler Ungehorsam
- Sachkundige Einwohner, Schöffen, Jugendparlamente
- Engagement auf kommunaler und bezirklicher Ebene

Dabei werden die legalen Grenzen der Partizipation thematisiert und beispielsweise auf ihre Wirksamkeit und Legitimität hin beurteilt. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit ihren eigenen politischen Handlungsmöglichkeiten auseinander.

Basismodul 2: Grundwerte und Verteidigung der Demokratie im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Anhand eines oder mehrerer Fallbeispiele werden Grundrechtskollisionen analysiert und diskutiert (z. B. Meinungsfreiheit vs. Menschenwürde oder Versammlungsfreiheit vs. freie Entfaltung der Persönlichkeit). Berücksichtigt werden:

- die Stellung der Grundrechte im Grundgesetz
- die Bedeutung der Freiheits- als Abwehrrechte
- die Zulässigkeit von Grundrechtseingriffen aus juristischer und politischer Perspektive
- die Rolle des Bundesverfassungsgerichts

Aktuelle antidemokratische Entwicklungen werden mithilfe (empirischer) wissenschaftlicher Analysen und Theorien eingeordnet:

- Ideologien der Ungleichwertigkeit (z. B. Antisemitismus, Rassismus, Sexismus)
- antidemokratische Positionen und Einstellungen, Verschwörungserzählungen
- die Rolle von sozialen Medien (z. B. Fake News, Filterblasen, Hate-Speech)

Möglichkeiten der Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch Staat und Zivilgesellschaft werden entwickelt und diskutiert.

Vertiefungsmodul 1: Theoretische Grundlagen der Demokratie

Zum vertieften Verständnis der Ausgestaltung von Demokratie und Partizipation werden Kernelemente unterschiedlicher empirischer und normativer Theorieansätze analysiert, z. B.

- liberale und pluralistische Demokratietheorien
- partizipative und deliberative Demokratietheorien
- transnationale demokratische Beteiligung
- feministische Demokratietheorien

Dabei werden auf theoretischer Grundlage mögliche Reformansätze zur Bewältigung aktueller Herausforderungen der Demokratie begründet und diskutiert.

Vertiefungsmodul 2: Demokratie in der Europäischen Union

Exemplarisch an konkreten aktuell kontrovers diskutierten Entscheidungsprozessen werden die Akteure der Gesetzgebung der EU analysiert und Strukturen und Prozesse beurteilt. Berücksichtigt werden dabei beispielsweise

- das politische System der EU als Mehrebenensystem
- supranationale und intergouvernementale Entscheidungsfindung
- Verletzung demokratischer Grundwerte durch EU-Mitgliedsstaaten
- mögliche Reformansätze zur Erhöhung der Legitimität und zum Abbau von Demokratiedefiziten der EU-Organe (z. B. Initiativrecht für das Europäische Parlament)

Grundsätzlich werden bei dieser Analyse und der Beurteilung der Legitimität und Funktionsweise der europäischen Demokratie die Unterschiede zwischen nationaler und supranationaler Demokratie berücksichtigt.

Vertiefungsmodul 3: Politische Systeme im Vergleich

Für ausgewählte Staaten wird deren demokratische Verfasstheit und die Perspektiven für die Demokratie analysiert, z. B. anhand von:

- Demokratieindices unter Analyse und Beurteilung der zur Messung herangezogenen Kriterien
- Einschätzung von Wahlen/Wahlsystemen hinsichtlich demokratischer Legitimität
- Partizipationsmöglichkeiten und Rolle gesellschaftlicher Akteure in der Politik
- Ursachen für demokratische Regression und Demokratisierungsprozesse

Deutlich wird die Vielfalt der Ausgestaltungsmöglichkeiten von Demokratien, beurteilt werden auch die damit einhergehenden unterschiedlichen Grade der demokratischen Legitimation und die Gefahren von antidemokratischen Entwicklungen an den konkreten Beispielen.

Mögliche Beiträge zur Kompetenzentwicklung

Die Lernenden ...

- wählen Demokratieindices aus, um die demokratische Verfasstheit von Staaten zu analysieren (Analysieren: politische Probleme methodisch erschließen),
- verwenden sachbezogen politische Fachbegriffe, hinter denen Fachkonzepte stehen (Wahlgrundsätze, Rolle des Parlaments, Medienfreiheit, politische Kultur, Bürgerrechte) (Methoden anwenden: politisch kommunizieren),
- diskutieren anhand verschiedener Demokratietheorien Reformansätze zur Weiterentwicklung demokratischer politischer Systeme (Urteilen: politische Urteile entwickeln und begründen).

Anhörungsfassung 27.05.-13.09.2024

3.2.2 Wirtschaftspolitik

Die Betrachtung des Wirtschaftens widmet sich Fragen, wie Markt und Staat generell organisiert werden können und wie in diesem Spannungsfeld eine Wirtschaftspolitik umgesetzt werden kann, die sowohl sozial gerecht, nachhaltig als auch wachstumsorientiert agiert. Nationalstaatliche und europäische Wirtschaftspolitik ist wegen der zahlreichen globalen, internationalen Verflechtungen immer auch anhand der Perspektiven globaler Wirtschaftsakteure zu betrachten. Dabei rücken verschiedene Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftsbereiche in den Fokus, die unterschiedlich betroffen sind.

Schülerinnen und Schüler setzen sich im Themenfeld Wirtschaftspolitik mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Reformvorschlägen zur Lösung dieser Spannungsverhältnisse auseinander, entwerfen eigene Konzepte und hinterfragen zugrundeliegende theoretische Prämissen.

Das Basismodul 1 fokussiert sich auf die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik und wirtschaftliche Krisen, wobei aktuelle wirtschaftspolitische Herausforderungen und Probleme und Vorschläge zu ihrer Lösung erläutert und erörtert werden. Eine mögliche integrative Vertiefung bestünde darin, das Vertiefungsmodul 1 als eine empirische Untersuchung der Ziele von Parteien und Verbänden zu verwenden. Auch das Vertiefungsmodul 2 wäre hier als erweiterte Option möglich, um sich vor dem Hintergrund von Problemstellungen mit alternativen Wirtschaftsformen auseinanderzusetzen.

Das Basismodul 2 öffnet den Blick auf die globale Ausgestaltung der Wirtschaft, dabei werden vor dem Hintergrund passender und aktueller Reformvorschläge zur Gestaltung des weltweiten Handelns sowohl theoretische Hintergründe analysiert als auch die konkreten Ausgestaltungsoptionen erörtert. Hierbei wäre das Vertiefungsmodul 3 eine inhaltliche Ergänzung, die den beispielhaften Blick auf Länder des globalen Südens werfen könnte, um die lokalen Folgen des Postkolonialismus zu analysieren und Handlungsoptionen zu entwerfen.

Das Themenfeld bietet vor allem Anknüpfungspunkte für die übergreifenden Themen Europabildung in der Schule, Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen sowie Verbraucherbildung.

Basismodul 1: Wirtschafts- und Konjunkturpolitik

Anhand von beispielhaften wirtschaftspolitischen Konzepten zur Vereinbarkeit von Ökonomie, Ökologie und sozialen Ausgleich werden Chancen und Grenzen einer wachstumsorientierten sozialen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik diskutiert, je nach gewähltem Schwerpunkt werden folgende Inhalte berücksichtigt:

- Konzept und Probleme der sozialen Marktwirtschaft
- Grundlagen der Wirtschaftspolitik und Zielkonflikte (u. a. Spannungsverhältnis sozialer Ausgleich und Wirtschaftswachstum)

Anhand einer aktuellen wirtschaftlichen Situation oder einer Krise werden wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen erarbeitet und erörtert, indem je nach gewähltem Schwerpunkt folgende Inhalte berücksichtigt werden:

- Ursachen und Verlauf der Krise
- konkrete konjunkturpolitische Reaktion vor dem Hintergrund der theoretischen Grundlagen (Angebots- und Nachfragepolitik, Policy-Mix)
- Erfolge und Grenzen der jeweiligen konjunkturpolitischen Reaktion

Basismodul 2: Globaler Handel

Anhand von aktuellen Reformvorschlägen zur Gestaltung des globalen Handelns werden Möglichkeiten und Grenzen für eine nachhaltige und gerechte Gestaltung diskutiert, je nach gewähltem Schwerpunkt werden folgende Inhalte berücksichtigt:

- beispielhafte theoretische Hintergründe zur Ausgestaltung der Globalisierung im Spannungsfeld zwischen Freihandel und Protektionismus
- beteiligte Akteure (v. a. Rolle der EU-Wirtschaftspolitik, IWF, Weltbank, WTO), ihre Ziele und die gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Folgen ihres Handelns
- alternative Konzepte zur Förderung der Nachhaltigkeit im Rahmen der Sustainable Development Goals (SDG)

Vertiefungsmodul 1: Wirtschaftspolitische Ziele von Parteien und Verbänden

Anhand von einer konkreten wirtschaftspolitischen Kontroverse werden die Ziele und der Einfluss von (ausgewählten) Parteien oder Verbänden (z. B. INSM, GEW) auf die Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik analysiert und erörtert, dabei werden je nach Schwerpunkt folgende Perspektiven bei der Analyse z. B. berücksichtigt:

- Ziele und vorgeschlagene Maßnahmen
- Angedachte Zielgruppen
- Wahl und Wirkung der medialen Mittel zur Erreichung der Ziele
- Reaktion der Politik auf diese Ziele

Vertiefungsmodul 2: Beispiele von Marktversagen und alternative Wirtschaftsformen

Anhand von ausgewählten Beispielen von Marktmechanismen und Marktversagen werden die Potentiale und Grenzen der Marktwirtschaft und alternativer Wirtschaftsformen diskutiert, dabei werden je nach Schwerpunkt z. B. folgende Inhalte berücksichtigt:

- beispielhafte alternative Formen des Wirtschaftens oder Reformvorschläge der sozialen Marktwirtschaft (Gemeinschaftsökonomie, Gemeinwohlökonomie, Share Economy)
- Theoretische Konzepte alternativen Wirtschaftens (Postwachstumstheorien, Feministische Ökonomie)
- moderne Theorien der Geldpolitik (z. B. MMT)

Vertiefungsmodul 3: Folgen des Kolonialismus

Anhand eines beispielhaften Landes werden die Folgen von Dekolonialisierungsprozessen analysiert und der Umgang damit diskutiert. Dabei wird reflektiert, welche Rolle die koloniale Vergangenheit und die postkoloniale wirtschaftliche Verflechtung mit dem Weltmarkt oder mit den ehemaligen Kolonialmächten im Verhältnis zu anderen Faktoren schwacher ökonomischer Entwicklung hat. Z. B. werden folgende Aspekte berücksichtigt:

- wirtschaftliche Struktur und Entwicklung des Landes
- Dekolonialisierungsprozesse und Folgen
- Abhängigkeitsstrukturen im globalen Handel
- Wirkung globaler und regionaler Akteure in dem Land
- Wirtschaftliche Entscheidungen der nationalen Regierung und die Folgen

Vertiefungsmodul 4: Klima- und Wirtschaftspolitik vor Ort

Anhand von lokalen klima- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen werden die Chancen und Risiken einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik vor Ort diskutiert, dabei werden z. B. folgende Perspektiven berücksichtigt:

- wirtschaftliche Folgen für Unternehmen, Wirtschafts- und Sozialstruktur der Region, Zivilgesellschaft
- Alternative Fördermöglichkeiten im Rahmen der Sustainable Development Goals

Mögliche Beiträge zur Kompetenzentwicklung

Die Lernenden ...

- reflektieren Grundhaltungen und Wertesysteme, die politischen Urteilen in der Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Folgen des Kolonialismus zugrunde liegen (Urteilen: sich mit der Wertgebundenheit von politischen Urteilen auseinandersetzen),
- prüfen Maßnahmen der lokalen Wirtschaftsförderung im Hinblick auf Kriterien der Nachhaltigkeit (Urteilen: politische Lösungen gestalten),
- erörtern methodenkritisch Kriterien nachhaltiger Wirtschaftspolitik (Methoden anwenden: Methoden der politischen Analyse variabel einsetzen).

3.2.3 Globales Regieren

Internationale Beziehungen haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Die Verflechtungen zwischen Gesellschaften wurden auf so rasante Weise vertieft und ausgeweitet, dass die innerstaatliche Ebene kaum ohne die globale Ebene gedacht werden kann. Die Auswirkungen, welche globale Krisen (z. B. globale Erwärmung, internationaler Terrorismus, Zunahme an bewaffneten Konflikten, globale Armut) auf Individuen und Staaten haben, können nur in der Weltgemeinschaft - also im Zusammenspiel aus Nationalstaaten, regionalen Organisationen und nicht-staatlichen Akteuren - bearbeitet werden. Globales Regieren (Global Governance) unterscheidet sich dabei in vielen Fragen vom nationalen Regieren. Schülerinnen und Schüler erschließen sich daher grundlegende Funktionsweisen (z. B. warum handeln Akteure auf bestimmte Weise) und Bedingungen (z. B. fehlendes Gewaltmonopol bei der Durchsetzung des Völkerrechts) globalen Regierens.

Im Themenfeld Globales Regieren erschließen sich die Lernenden anhand exemplarischer internationaler Konflikte und Herausforderungen jeweils in einem Basismodul grundlegende Funktionsweisen (z. B. warum handeln Akteure auf bestimmte Weise) und Bedingungen (z. B. fehlendes Gewaltmonopol bei der Durchsetzung des Völkerrechts) globalen Regierens.

Das Basismodul 1 sieht die Analyse eines aktuellen internationalen Konflikts vor, den die Lernenden mit der Methode der Konfliktanalyse erschließen und Optionen zur Lösung des Konflikts erörtern. Im Basismodul 2 rücken globale Herausforderungen wie Umweltfragen, Energiepolitik, Armut, Menschenrechte oder Migration ins Blickfeld. Hier können Lernende entlang ihrer Interessen und entsprechend der aktuellen politischen Themenfeldern wählen. Ziel ist es, anhand aktueller Konflikte und Herausforderungen grundsätzliche Strukturen, Prozesse und Theorien der internationalen Beziehungen zu erklären, verschiedene Lösungsansätze herauszuarbeiten und abschließend zu diskutieren. Bei der Bewertung von Lösungsansätzen ist es von zentraler Bedeutung, dass viele Perspektiven, auch die von globalen Entscheidungen oft übergangene wie die von einzelnen Gruppen des Globalen Südens, sichtbar gemacht werden.

Die vier Vertiefungsmodule bieten sinnvolle Werkzeuge oder theoretische Modelle anhand derer die Analyse globaler Politik vorgenommen werden kann. Einige Möglichkeiten für Verknüpfungen könnten z. B. sein: Vertiefungsmodul 1, um einzelne Perspektiven des Globalen Südens im Rahmen der in den Pflichtmodulen gewählten Fallbeispiele zu diskutieren; Vertiefungsmodul 3, um dominierende Narrative in der medialen Berichterstattung zu einem der gewählten Fallbeispiele zu analysieren und zu hinterfragen; Vertiefungsmodul 2, um anhand der theoretischen Einordnung des Handelns der Akteure zu einem vertieften Verständnis für das Handeln einzelner Akteure zu gelangen; Vertiefungsmodul 4, um zu dem gewählten Konflikt im Pflichtmodul 1 die Perspektive der internationalen Sicherheitsarchitektur zu ergänzen.

Das Themenfeld bietet vor allem Anknüpfungspunkte für die übergreifenden Themen Europabildung in der Schule sowie Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen.

Basismodul 1: Internationale Konflikte und Friedenspotenziale

Schülerinnen und Schüler analysieren einen aktuellen internationalen Konflikt und gehen dabei auf folgende Aspekte ein:

- beteiligte Akteure, z. B.: UNO, NATO, EU, AU, Nationalstaaten
- Konfliktgegenstand und Konfliktursachen
- Bezüge zum Völkerrecht
- Friedenspotenziale, Maßnahmen der Konfliktbeilegung
- ggf. Vergleich zu einem anderen internationalen Konflikt

Anhand der Konfliktanalyse werden globale Strukturen und Prozesse exemplarisch erklärt und problematisiert. Je nach gewähltem Konflikt sind das:

- Grundlagen des Völkerrechts (z. B. die UNO, das Gewaltverbot und das System der friedlichen Streitbeilegung; der Internationale Strafgerichtshof, humanitäres Völkerrecht, humanitäre Intervention)
- regionale Zusammenschlüsse (z. B. ASEAN, AU), unter besonderer Berücksichtigung der EU als besonderer Fall der Multi-Level-Governance
- der Aufbau der UNO (insbesondere Aufgabe des Sicherheitsrates)
- Grundlagen der Friedens- und Konfliktforschung wie positiver und negativer Frieden, Arten von Kriegen

Basismodul 2: Aktuelle globale Herausforderungen und Lösungsansätze

Schülerinnen und Schüler analysieren anhand eines Fallbeispiels eine der aktuellen globalen Herausforderungen:

- Umweltfragen und Energiepolitik: gerechter und effektiver Umgang mit Ressourcenknappheit und globaler Erwärmung
- Hunger, Armut: Ursachen von Armut, Stärken und Schwächen verschiedener Lösungsansätze, Fokus auf Eigenverantwortung (Ownership) und Selbstermächtigung (Empowerment)
- Menschenrechte: Gewährleistung der Einhaltung von Menschenrechten weltweit
- Migration weltweit: Ausgestaltung einer menschenrechtskonformen Migrationspolitik, Verhinderung erzwungener Migration

Dabei werden Möglichkeiten und Probleme internationaler Kooperation herausgearbeitet und diskutiert. Je nach gewähltem Fallbeispiel wird eingegangen auf:

- zentrale Grundannahmen und Konzepte zur Verfasstheit des internationalen Systems (z. B. Polarität, Anarchie)
- zentrale internationale Organisationen (z. B. Menschenrechtsrat der UNO, UNICEF, COP)
- die Rolle transnationalen Akteure, informeller Zusammenschlüsse und internationaler Abkommen (z. B. NGOs, G7, BRICS plus, Klimaabkommen von Paris)
- regionale Zusammenschlüsse (z. B. ASEAN, AU, Europarat), EU als Sonderfall regionaler Kooperation
- Perspektiven des Globalen Südens; Fragen der globalen Gerechtigkeit

Vertiefungsmodul 1: Die Länder des Globalen Südens als weltpolitische Akteure

Anhand eines Länderbeispiels (z. B.: China, Indien, Brasilien, Südafrika) werden folgende Aspekte diskutiert:

- Veränderung der Weltordnung und der Dynamik internationaler Politik
- Außenpolitik des Landes (in der Region/weltweit, Sichtweise auf das globale Geschehen)
- innere Verfasstheit des Staates (z. B. Gültigkeit internationaler Menschenrechtsstandards)
- Umgehen der Weltgemeinschaft/der EU/ einzelner Staaten mit Veränderungen der Weltordnung

Vertiefungsmodul 2: Theorien internationaler Beziehungen

Ausgehend von den gewählten Fallbeispielen in den Basismodulen werden verschiedene Theorien gewählt, um das Handeln internationaler Akteure zu erörtern, z. B.:

- (Neo-)Realismus
- (Neo-)Liberalismus
- Weltsystemtheorie
- Sozialkonstruktivismus
- feministische Ansätze
- postkoloniale Ansätze

Vertiefungsmodul 3: Globale Fragen/Konflikte in den Medien

Mithilfe geeigneter Werkzeuge der Diskursanalyse (z. B. Erstellung von Korpora, kritische Diskursanalyse, linguistische Analyse von Sprachbildern und Frames) wird die mediale Darstellung der in den Basismodulen thematisierten Konflikte und Herausforderungen analysiert und ggf. verglichen. Mögliche Aspekte der Analyse sind:

- Rezeption der Ereignisse in unterschiedlichen Medien (auch: sozialen Medien)
- dominierende Narrative/Bilder
- vorherrschende/unterrepräsentierte Perspektiven/Akteure
- Erkennen von Falschmeldungen/Bewertung der inhaltlichen Qualität

Vertiefungsmodul 4: globale Sicherheit: Bedingungen für eine friedlichere internationale Ordnung

Exemplarisch werden Maßnahmen der Sicherheitspolitik kritisch (z. B. multiperspektivisch; entlang der Kategorien Effektivität und Legitimität) diskutiert, z. B.:

- ausgewählte Problemfelder internationaler Sicherheit (z. B. internationaler Terrorismus, Aufrüstung mit nuklearen/konventionellen Waffen, Cybersicherheit, Proliferation von Atomwaffen)
- internationale Sicherheitsarchitektur (z. B. NATO, nukleare Abrüstungsverträge)
- Idee einer (nuklearen) Abschreckung/militärischen Aufrüstung
- völkerrechtlich legitimierte Gewaltausübung
- (erfolgreiche) Konfliktprävention
- langfristige Folgen von Friedensordnungen in internationalen Konflikten

Mögliche Beiträge zur Kompetenzentwicklung

Die Lernenden ...

- nutzen Verfahren der Konfliktanalyse, um einen internationalen Konflikt zu erschließen und mögliche Lösungen (z. B. Kompromisse) zu entwickeln (Mündig handeln: Konflikte austragen),
- tragen einen internationalen Konflikt in einem Planspiel aus (Mündig handeln: Konflikte austragen),
- erörtern die Methode des Planspiels hinsichtlich ihrer Eignung für die Konfliktanalyse (Methoden anwenden: Methoden der politischen Analyse variabel einsetzen).

Anhörungsfassung 27.05.-13.09.2024

3.2.4 Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung

Soziale Ungleichheit in verschiedenen Dimensionen ist ein elementares Merkmal gesellschaftlicher Ordnungen. Diese offensichtliche Tatsache wird in der politischen Diskussion i. d. R. schnell als gerecht oder ungerecht bewertet, d. h. mit unterschiedlichen Normen sozialer Gerechtigkeit verknüpft. Damit eng verbunden sind zum einen die allgemeine Frage nach dem Wandel und der Wandelbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und zum anderen die konkretere Frage nach der politischen Gestaltung dieser Verhältnisse.

Diese Zusammenhänge zu ordnen, zu analysieren und eigene Standpunkte zu entwickeln macht sich das Themenfeld zum Ziel. Dabei werden in Basismodul 1 Dimensionen sozialer Ungleichheit betrachtet und auf der Grundlage unterschiedlicher Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit nach ihrer Legitimationsgrundlage befragt. Dabei sind die Wahrnehmungen und Bemessungen sozialer Ungleichheit in den Blick zu nehmen wie z. B. Diskriminierungserfahrungen in unterschiedlichen Lebensbereichen. Daran schließt sich eine Betrachtung der politischen Gestaltung an, insbesondere der Funktionsweise sowie möglicher Weiterentwicklungen des Sozialstaates.

Basismodul 2 rückt das Thema des sozialen Wandels in den Blick. Exemplarisch werden Fragen nach Ausmaß, Dimension und Gestaltungsmöglichkeit dieses Wandels thematisiert.

Dabei steht ein methodischer Zugriff im Mittelpunkt, nämlich die Makro-Methode der Szenariotechnik. Zielsetzung ist zum einen, die prinzipielle Gestaltbarkeit der Zukunft mit vielen Optionen aufzuzeigen, zum anderen vernetztes, systemisches Denken zu fördern sowie die Ungenauigkeit aller auf die Zukunft gerichteter Entscheidungen zu reflektieren. Die Themen der Szenarien können sowohl aus dem Themenfeld des laufenden als auch aus dem eines vorherigen Schulhalbjahrs heraus entwickelt werden. Dabei sind zum einen die räumliche Reichweite (z. B. Bezirk/Region, Deutschland, Europa, Welt) und zum anderen der zeitliche Horizont festzulegen. In jedem Fall wählen die Schülerinnen und Schüler das Thema des Szenarios selbst, wobei entweder die gesamte Lerngruppe an demselben Thema arbeitet oder in der Lerngruppe verschiedene Themen bearbeitet werden. Dabei ist auch die Formulierung eines eigenen Themas möglich.

Für den Leistungskurs ist zu beachten, dass es sich bei der Szenariotechnik um eine komplexe Methode handelt, die viele verschiedene Vertiefungs- bzw. Erweiterungsmöglichkeiten bietet. Diese werden hier verstärkt genutzt (s. u.). Um der Methode der Szenariotechnik den notwendigen Raum zu geben, wird im vorliegenden Themenfeld - vor dem Hintergrund der Kürze des Schulhalbjahres - auf Vertiefungsmodule verzichtet.

Der methodische Schwerpunkt des Basismoduls 2 wird durch einen projektartigen Unterricht umgesetzt, der den Schülerinnen und Schülern einen Großteil der Verantwortung für die Gestaltung ihres eigenen Lernprozesses überträgt. Projektbegleitendes Feedback und Feedforward sowohl untereinander als auch durch die Lehrkraft sind integraler Bestandteil dieses Prozesses. Entsprechend erfolgt die Bewertung nicht allein mit Blick auf das Endprodukt, sondern auch durch Formen der formativen Leistungsbewertung. Integraler Bestandteil des projektartigen Unterrichts ist zudem eine Reflexion über Möglichkeiten und Grenzen der Szenariotechnik an sich.

Basismodul 1: Welches Ausmaß an sozialer Gleichheit ist erstrebenswert?

Ausgehend von ausgewählten Dimensionen sozialer Ungleichheit (z. B. Einkommen, Vermögen, Geschlecht, Bildung...) werden gesellschaftliche und sozialpolitische Herausforderungen exemplarisch erörtert. Dabei beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler mit

- Darstellungen sozialer Ungleichheit (z. B. in Form von Erfahrungsberichten, TV-Dokumentationen oder Befragung außerschulischer Gesprächspartner wie Beratungsstellen)
- sozialstatistische Daten zum Ausmaß sozialer Ungleichheit
- unterschiedlichen Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit (z. B. Leistungs-, Chancen-, Bedarfs- und egalitäre Gerechtigkeit)
- dem Sozialstaatsgebot des GG
- Grundprinzipien der sozialen Sicherung in Deutschland
- Weiterentwicklung des Sozialstaats

Basismodul 2: Wie wollen wir in 20 Jahren leben?

Die Schülerinnen und Schüler entwickeln in Einzel- oder Gruppenarbeit ein Szenario, das mindestens aus den folgenden Schritten besteht:

1. Problemfeld analysieren und Raum sowie Zeithorizont festlegen
2. Einflussgrößen bestimmen und ordnen
3. Szenarien entwickeln
4. Szenarien reflektieren und Handlungsmöglichkeiten diskutieren

Im Leistungskurs kann das Modul in folgender Hinsicht erweitert werden:

- Anzahl der Einflussgrößen, Umfang des empirischen Materials,
- kreative Ausgestaltung der Zukunftsbilder (z. B. auf erzählerischer oder grafischer Ebene, d. h. fächerverbindendes Arbeiten z. B. mit den Fächern Deutsch und Kunst),
- Diskussion eines politischen Maßnahmenkatalogs,
- Vergleich mit Szenarien oder anderen Zukunftsvorstellungen, die von politischen Institutionen (z. B. Ministerien, Nichtregierungsorganisationen, Think Tanks) entwickelt worden sind.

Themenvorschläge für die Szenarioentwicklung (mögliche Einflussgrößen sind in Klammern gesetzt):

1. Wandel der Lebensformen (Heirats-/Scheidungsrate, Haushaltsgröße, Wohn- und Familienformen, Vielfalt der Geschlechter, ...)
2. Postmigrantische Gesellschaft (Einwanderung und Auswanderung, Aufstiegschancen, Rassismus und Diskriminierung, Flucht und Asyl, Pluralität der Kulturen und Religionen, ...)
3. Bildung und lebenslanges Lernen (Förderung/Inklusion, Bildungsdefizite, Schulabbrecher, Fachkräftemangel, Weiterbildung, ...)
4. Alternde Gesellschaft und Zusammenleben der Generationen (Lebenserwartung, Renteneintrittsalter, Ehrenamt, Wohnformen, Formen der Pflege, ...)
5. Leben im Kiez / Leben auf dem Dorf (Bevölkerungsstruktur, Wohnkosten, Luftqualität, Mobilität, Gesundheitsvorsorge, ...)
6. Zukunft der Arbeit (Digitalisierung/Automatisierung, aussterbende/neue Berufsbilder, Arbeitszeit, Mobilität, Homeoffice, ...)

- | |
|--|
| <ol style="list-style-type: none">7. Sozial-ökologische Transformation (Energienachfrage/-effizienz, Energiemix, Umweltschäden, technolog. Innovation, Wohnformen, Mobilität, Lebensstandard / Kostenverteilung, ...)8. Formulierung eines eigenen Themas |
|--|

Mögliche Beiträge zur Kompetenzentwicklung:
--

Die Lernenden ...

- diskutieren Fragen der Weiterentwicklung des Sozialstaates auf der Grundlage unterschiedlicher Gerechtigkeitsvorstellungen (Urteilen: politische Urteile entwickeln und begründen),
- analysieren ausgewählte gesellschaftliche Entwicklungen mithilfe der Szenariotechnik (Methoden anwenden: Methoden der politische Analyse variabel einsetzen),
- begründen die Auswahl der Einflussgrößen, die sie einzelnen gesellschaftlichen Entwicklungsszenarien zugrunde legen (Urteilen: sich mit der Wertgebundenheit von politischen Urteilen auseinandersetzen).

Anhörungsfassung 27.05.-13.7.